

Bonn, den 10. April 1978

ZUSAMMENFASSUNG

20				
18				
EPD				

18. MAI 1978  
Bonn

Die politische Lage in der Bundesrepublik Deutschland

In der BRD erscheint nach der Verunsicherung durch den Terror im Herbst 1977 die politische Landschaft wieder freundlicher. Die anfänglich befürchtete Ordnungshysterie hat sich gelegt und an der Staatsspitze verfügt Schmidt als "Kanzler von Mogadiscio" im Volk über eine starke persönliche Stellung. Demgegenüber zeigt die SPD nach bald zehnjähriger Regierungszeit deutliche Abnützungerscheinungen und es häufen sich auch Zeichen, die auf Unstimmigkeiten zwischen den Koalitionspartnern SPD und FDP hindeuten. Trotzdem ist eine vorzeitige Machtergreifung durch die Unionsparteien eher unwahrscheinlich und wäre wohl nur bei einer unvorhersehbaren schweren Krisensituation denkbar.

Wenn die Opposition für 1980 mit einem Machtwechsel zu rechnen scheint, so bildet ein wichtiges Element in ihrem Machtkalkül die FDP, die sich - stets vom Damoklesschwert der 5%-Wahlguillotinen bedroht - zu einer Doppelstrategie verurteilt sieht. Stichhaltigere Wahlprognosen sind jedoch frühestens nach den kommenden vier Landtagswahlen in Hamburg, Niedersachsen, Hessen und Bayern möglich, denen ein gewisser bundesdeutscher Testcharakter zukommt.

Trotz der bemerkenswerten Stabilität der Bundesrepublik hat die erste geistige Auseinandersetzung mit dem Terrorismus ein gewisses nationales Unbehagen zutage gefördert. Politologen stellen bei vielen Bürgern eine institutionelle Verdrossenheit fest, die eine zunehmende Entfremdung zwischen der Basis und den verbürokratisierten Staats- und Parteiapparaten bzw. einen möglichen Verlust des Grundkonsenses über die gesellschaftliche Zielsetzung der Bundesrepublik anzeigen könnte. Diese Krisensymptome beunruhigen vor allem im Hinblick auf die Jugend, die im Gegensatz zur Aufbruchstimmung von 1967/68 der Politik heute weitgehend die kalte Schulter zeigt. Insbesondere an den Hochschulen, die sich der Gesellschaft zu entfremden drohen, haben numerus clausus, Akademikerüberschuss, Radikalenerlass etc. teilweise zu zynischer Resignation oder blosser Anpassertum geführt.



SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFT  
IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

5300 Bonn - Bad Godesberg, den 10. April 1978  
Gutenstrasse 156  
Postfach 846  
Telefon: (02221) 37 66 55

Ref.: HO/re

P.B. Nr. 10 - HO

## Die politische Lage in der Bundesrepublik Deutschland

Auf bundesdeutschen Leinwänden läuft zur Zeit der Film "Deutschland im Herbst", in dem elf kritische Regisseure den Versuch wagen, den politischen Klimawechsel darzustellen, der sich in der Bundesrepublik im Herbst 1977 zwischen den vier Morden von Köln und den drei Selbstmorden in Stammheim vollzogen hat. Angesichts der fehlenden Zeitdistanz verzichtet der Film ehrlicherweise auf eine Bilanz; er verkörpert in erster Linie ein Dokument der Ratlosigkeit und spiegelt so die tiefe Verunsicherung wieder, die den Bürger des Modellstaates Bundesrepublik in jenen Schreckenstagen ergriffen hatte.

Im deutschen Frühling 1978 erscheint die politische Landschaft wieder etwas freundlicher. Bereits zu Jahresbeginn hatte Bundeskanzler Schmidt - durch die schweren Ereignisse zum stoischen Staatsmann herangereift - in seiner Regierungserklärung für das neue Arbeitsjahr der sozial-liberalen Koalition gelassene Zuversicht verkündet und die Bürger zu mehr Lebensfreude aufgefordert. Neue Terrorakte sind bisher ausgeblieben und trotz unüberlegter Rufe eines Golo Mann, die Bundesrepublik befinde sich im Bürgerkrieg, hat sich die anfänglich befürchtete Ordnungshysterie gelegt. Entgegen

bisweiligen Diffamierungen in der Auslandspresse hält die Bundesrepublik beinahe überkorrekt an ihren rechtsstaatlichen Prinzipien fest. Auch können Arbeitslosigkeit, Lohnkonflikte und bescheidene wirtschaftliche Wachstumsraten nichts daran ändern, dass der Bundesbürger in einem ausgebauten Wohlfahrtsstaat lebt, dessen soziales Netz ihn von der Wiege bis zur Bahre abdeckt. Vermutlich hat gerade die Erkenntnis, dass sich dieser Staat von der grossen Mehrheit seiner Bürger getragen weiss, die deutschen Terroristen in ohnmächtiger Wut zu immer blutigeren Wahntaten getrieben.

Trotz dieser - an Entwicklungen etwa im südlichen Teil Westeuropas gemessen - bemerkenswerten Stabilität hat die erste geistige Auseinandersetzung mit dem Terrorismus ein gewisses nationales Unbehagen zutage gefördert, das tiefer zu sitzen scheint als in den herkömmlichen sozialpolitischen Spannungsfeldern. Nach 30 Jahren Wiederaufbau und ungebrochenem wirtschaftlichem Aufstieg scheint der Bundesbürger Fragen zu erahnen, die an den Sinn seines bisherigen Weges rühren könnten.

An der Staatsspitze verfügt Schmidt als "Kanzler von Mogadiscio" im Volk über eine starke persönliche Stellung. Demgegenüber deutet vieles darauf hin, dass das Vertrauen des Bürgers in die SPD, die nach bald zehnjähriger Regierungsherrschaft natürliche Abnützungerscheinungen zeigt, im Schwinden begriffen ist. Nicht umsonst hat der SPD-Zuchtmeister Herbert Wehner als Osterbotschaft für seine Partei düstere Endzeit-Ahnungen geäussert und wie im Alptraum als Ergebnis der bevorstehenden vier Landtagswahlen in Hamburg, Niedersachsen, Hessen und Bayern eine gegen Schmidt gerichtete Zweidrittelmehrheit im Bundesrat erblickt. Obwohl solchen Kassandrarufern auch taktische Ueberlegungen zugrunde liegen ist unverkennbar, dass das politische Kräfteverhältnis in Bewegung geraten ist.

Die parlamentarische Mehrheit der SPD/FDP-Koalition ist schmal, und kürzlich konnte die Regierung den Kampf um die Terrorgesetze wegen der vier dissidenten SPD-Abgeordneten nur mit knapper Not bestehen. Im Land Nordrhein-Westfalen, das in gewisser Hinsicht als politisches Vorfeld Bonns zu betrachten ist, war dem von der CDU unterstützten Volksbegehren gegen die vom SPD/FDP-Bündnis geplante kooperative Schule Erfolg beschieden. Auch häufen sich die Zeichen, die auf Unstimmigkeiten zwischen den Bonner-Koalitionspartnern schliessen lassen. Jedenfalls hat der mehrwöchige Drucker- und Metallarbeiterstreik gezeigt, dass die FDP mit Wirtschaftsminister Lambsdorff in wirtschaftlichen Fragen der CDU/CSU letztlich näher steht als ihrem sozialdemokratischen Partner.

Obwohl die Regierungskoalition deutliche Schwächezeichen zeigt, ist eine vorzeitige Machtergreifung durch die Unionsparteien eher unwahrscheinlich und wäre wohl nur bei einer unvorhersehbaren schweren Krisensituation, z.B. im Zusammenhang mit neuen Terrorschlägen denkbar. Immerhin scheint die Opposition für 1980 mit einem Machtwechsel zu rechnen und sie drängt nach der langen Abstinenz so sehr an die Führung, dass sie keine Gelegenheit versäumen dürfte, die Koalition noch vor Ablauf der Legislaturperiode aus dem Sattel zu heben. Die oft gehässigen Ausfälle der Union im Parlament und ihr ständiges Jagen nach Politskandalen sind Ausdruck der Frustration einer konservativen Opposition, die sich als legitime Führungsmacht der Bundesrepublik versteht. Sie mögen gleichzeitig einer Art Profilneurose entspringen, dem versteckten Eingeständnis, dass die heutigen wirtschaftlich-technologischen Sachzwänge kaum eine zugkräftige Alternativpolitik zulassen.

Ein wichtiges Element im Machtkalkül der CDU bildet die FDP, die sich - stets vom Damoklesschwert der 5%-Wahl-

guillotine bedroht - zu einer bisweilen irritierenden Doppelstrategie verurteilt sieht. Eine Schicksalsstunde könnte für die Liberalen mit dem Frühjahr 1979 nahen, sollte sich Bundespräsident Scheel zur Wiederwahl stellen. Die FDP könnte in der Bundesversammlung nur auf die notwendigen Unionsstimmen hoffen, falls Parteichef Genscher seine Bereitschaft für ein Regierungsbündnis mit der CDU signalisiert. Zur selben Zeit ist auch Oppositionsführer Kohl als Kanzlerkandidat zu bestätigen. Obwohl die Frage, ob Kohl wohl bleibe, zum eigentlichen Gesellschaftsspiel geworden ist, lässt seine solide Verankerung in der CDU-Basis ein Auswechseln als wenig wahrscheinlich erscheinen. Etwas stichhaltigere Aussagen, insbesondere hinsichtlich der FDP-Koalitionsabsichten, sind jedoch frühestens nach den vier kommenden Landtagswahlen möglich. Anders als in den Gemeindewahlen vom 5. März 1978 in Schleswig-Holstein und Bayern spielen dort vermehrt überregionale Faktoren hinein, so dass den Landtagswahlen ein gewisser bundesdeutscher Testcharakter zukommt.

Wahlprognosen werden dadurch kompliziert, dass die Parteienlandschaft in der Bundesrepublik zusehends verschwommener wird. Unter dem Eindruck der wirtschaftlichen Rezession ist auch die SPD konservativer geworden, was bei ihrer Parteilinken erhebliche Frustrationen auslöst und einen Wechsel in die Regierungsopposition wünschbar machen könnte. Wenn die SPD mit Rücksicht auf die Sicherung von Arbeitsplätzen einer echten Auseinandersetzung mit dem Thema Kernenergie bisher ausgewichen ist, so eröffnen sich dadurch Chancen für "grüne" Sammlungsbewegungen. Interessant sind in diesem Zusammenhang die Achtungserfolge, die die Anhänger der "grünen Liste Umwelt" in den jüngsten Kommunalwahlen von Schleswig-Holstein erzielt haben. Schwer abzuschätzen sind die Aussichten der FDP, deren Wähler nach bisherigen Erfahrungen am wanderfreudigsten sind.

Zur Verfeinerung des Bildes der "Lage der Nation" sei nochmals die Basis ins Auge gefasst, wo die Politologen beim Bürger deutliche Krisensymptome wahrzunehmen glauben, die sie mit Staats- und Parteienverdrossenheit umschreiben. In der Tat scheint in der Bundesrepublik die zunehmende Bürokratisierung von Staats- und auch Parteiapparaten eine gewisse Entfremdung zwischen Basis und Führungsspitze bewirkt zu haben, die sich neuerdings im Phänomen der Bürgerinitiativen artikuliert. Von gestörter Kommunikation ist auch bei den gegenwärtigen Tarifverhandlungen in der Metallindustrie die Rede, wo einige Beobachter bezweifeln, ob die von den Gewerkschaftsfunktionären geübte Härte in der Auseinandersetzung dem wahren Willen der Gewerkschaftsmitglieder entspricht. Es wäre ebenfalls zu untersuchen, wie weit zu dieser institutionellen Verdrossenheit des Bürgers die zunehmende Ideologisierung des politischen Kampfes beiträgt, die durch dauernde Diffamierung des Gegners und Beschwörungen, "die Republik sei in Gefahr", die Existenzkrise eigentlich herbeiredet. Dass die Massenmedien - insbesondere das Fernsehen - die Links und Rechts beliebte Montage von Freund- und Feindbildern fördern, sei nur randweise vermerkt. Der schwindende sachliche Dialog und der mögliche Verlust des Grundkonsenses über die gesellschaftliche Zielsetzung der Bundesrepublik gibt vor allem im Hinblick auf die Jugend zu Sorgen Anlass.

Während die deutsche Jugend 1967/68 in politischer Aufbruchstimmung fieberte, zeigt sie heute der Politik weitgehend die kalte Schulter. Insbesondere an den Hochschulen, die sich der Gesellschaft weiter zu entfremden drohen, führen numerus clausus, Akademikerüberschuss, Radikalenerlass etc. teilweise zu zynischer Resignation oder blosser Anpassertum. Ist heute auch oft von Langeweile und Sinnentleerung im perfekten Versorgerstaat die Rede, so hat Bundeskanzler Schmidt in seiner letzten Regierungserklärung die bedenkens-

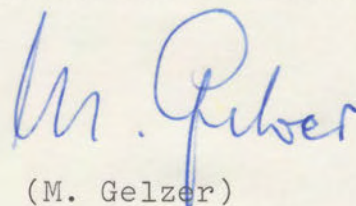
werten Worte gesprochen, man dürfe nicht bloss zur Teilnahme an materieller Wohlfahrt einladen, sondern müsse dem Idealismus der Jugend auch Aufgaben und Werte vor die Augen führen.

Welche Aufgaben und Werte? Die sozialistische Reform-euphorie eines Willy Brandt ist längst verflogen und die aufkeimende Nostalgie nach der seligen Adenauer-Aera dürfte sich als geistige Sackgasse erweisen. Auch wird die Bundesrepublik kaum unberührt bleiben von den weltweiten Entwicklungen, die möglicherweise tiefgreifende wirtschaftliche und geistige Strukturveränderungen bringen. Obwohl sich die Bundesrepublik seit drei Jahrzehnten als freiheitlich-demokratischer Staat bewährt hat und gewissermassen zum stabilen Kern Westeuropas herangewachsen ist, bleibt sie letztlich ein rätselhaftes Gebilde. Auf ihrer Suche nach nationalem Selbstverständnis, das über den Konsum- und Wohlfahrtsstaat hinausgeht, stossen seine Bürger in der Vergangenheit auf das unbewältigte Trauma des Dritten Reiches, in Gegenwart und Zukunft auf die schmerzliche Teilung Deutschlands. Die einst erhoffte Selbstfindung im europäischen Rahmen ist an der enttäuschenden Entwicklung der westeuropäischen Integration gescheitert. Nach 1945 erwiesen sich die deutschen Wunder-Kinder als gelehrige Schüler ihrer überseeischen Lehrmeister, die die Beschäftigung mit der Gegenwartsgeschichte tabuisierten und das amerikanische Gesellschaftsmodell einpflanzten. Dass die geschichtslosen Fünfzigerjahre einen beträchtlichen Nachholbedarf hinterlassen haben, zeigte die letztjährige Hitler-Welle. Auch die Frage der deutschen Wiedervereinigung, die der bundesdeutsche Durchschnittsbürger weitgehend verdrängt hatte, wurde jüngst im Zuge der Auseinandersetzung um das im Spiegel veröffentlichte "DDR-Manifest" plötzlich wieder ins Bewusstsein gerückt.

Trotz dieser Fragezeichen wird man sich davor hüten müssen, die Bundesrepublik von 1978 zu dämonisieren und bei jeder Gelegenheit alte Gespenster wie Rechtsextremismus und Rapallo heraufzubeschwören. Vielleicht ist es letztlich der

archetypische Hang der Deutschen zum Absoluten, der dem Ausland unheimlich bleibt und es die politische Entwicklung in der Bundesrepublik mit wachem Auge verfolgen lässt ...

DER SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFTER:



(M. Gelzer)